

Die „Arbeit“ erscheint wöchentlich, am Sonntag und Feiertagen nur monatlich. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Bezahlung monatlich 4,- Mk., bei Zahlung unter Schriftwechsel 5,- Mk. Die „Arbeit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Interate liefern bis achtgipf. Kompoststelle oder deren Raum 1,20 Mk., Wochensätze bis festgebundene Wert 40 Pf., jedes weitere Wert 20 Pf. Kreuzungszuschlag 50 Proz. Familien- und Vereinsabonnementspreise fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Die Arbeit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# An die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins!

## Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Eine Errungenschaft der Revolution nach der anderen ist Euch gerahmt worden. Die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, die in den Novembertagen in Euren Herzen emporlohten, sind zunichte gemacht worden durch die militaristische und kapitalistische Gegenrevolution, durch eine unfähige Regierung und durch die zur Unbrauchbarkeit verdammten Parlamente. Sie werden zunichte gemacht vor allem dadurch, daß die Führer der sozialdemokratischen Partei die Revolution und den Sozialismus schamlos verraten und sich nur noch mit Hilfe der Reaktion und des kapitalistischen Bürgertums auf ihren Ministerposten halten. Ihre Trabanten und Lakaien in der sozialdemokratischen Parteiorganisation leisten ihnen dabei Miststöße und werden dafür dank einer korrupten Güstlingswirtschaft durch Verleihung von Posten und Stellen in der Staatsbureaucratie belohnt.

Die letzte revolutionäre Errungenschaft, die Euch verblieb, ist die Institution der Arbeiterräte. In Groß-Berlin fand sie ihre Verkörperung in der Vollversammlung und in deren geschäftsführendem Organ, dem Vollzugsrat. Diese Organisation der Groß-Berliner Arbeiterräte war bisher eine provisorische und unfertige; sie sollte in nächster Zeit durch ein organisiert und planmäßig aufgebautes Räteystem abgelöst werden. Bis zum 16. Juli d. J. sollte oder die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und der Vollzugsrat die Zusammenfassung aller werktätigen Schichten des Groß-Berliner Proletariats dar. Auf diesem Boden war die Möglichkeit gegeben, die Groß-Berliner Arbeiterschaft, die Hand- und Kopfarbeiter über die Parteigrenzen hinweg zu einheitlichen Willensfindungen und Aktionen zusammenzufassen. Den kapitalistischen und militaristischen Gegenrevolutionären und ihren sozialdemokratischen Schutzhelfern ist die Vollversammlung und der Vollzugsrat stets ein Dorn im Auge gewesen. Seit langem ist gegen die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und ihren Vollzugsrat in besonderer Weise heftiger Kampf geführt durch einen Akt schmählichen und hinterhältigen Verrats einer Anzahl sozialdemokratischer Vollzugsratsmitglieder und Arbeiterräte.

Durch die Presse ist Euch bekannt geworden, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vollzugsrats und die sozialdemokratische Fraktion der Groß-Berliner Arbeiterräte gemeinsam mit der demokratischen Fraktion der Arbeiterräte beschlossen haben aus dem Vollzugsrat und der Vollversammlung auszuscheiden und einen eigenen Vollzugsrat sowie eine eigene Vollversammlung zu bilden.

Diese heimtückliche Spaltung der Groß-Berliner Räteorganisation ist die seit langem vorbereitete und planmäßig angelegte Ermüdung des Heilzuges gegen die Arbeiterräte überhaupt. Die sozialdemokratischen Arbeiterräte und Vollzugsratsmitglieder haben endlich die heuchlerische Maske abgeworfen und stellen sich jetzt offen in eine Komplicität mit den Renegaten des Sozialismus in der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung, in eine Kampflinie mit dem heute mehr denn je profit- und ausbeutungsmotivierten Unternehmertum, in eine Kampflinie mit der kapitalistischen Gegenrevolution. Der Vollzugsrat und die Vollversammlung, die von diesen Parteimameluden gebildet werden werden nichts weiter als Kreaturen einer unfähigen und verräterischen Regierung sein. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die sich hinter dieses jammervolle und korrupte Gebilde einer Räteorganisation stellen, werden sehr bald merken, wie nicht allein die Sache des Sozialismus, sondern auch ihre Berufs- und Standesinteressen, sowie alle Forderungen einer freien Geistes- und Menschheitskultur Kanakisch zu Boden getreten werden.

Und doch ist es gut, daß das heuchlerische Spiel der Verräter an der Arbeiterschaft zu Ende gegangen ist, daß sie ihr wahres Gesicht gezeigt haben. Die Entwicklung der sozialistischen Revolution kann jetzt nicht mehr durch Querschnitte und Hinterhältigkeiten getrübt und gehemmt werden. Der Ausbau der Räteorganisation wird nicht mehr aufgehalten durch Sabotage in den eigenen Reihen. Die revolutionäre Erkenntnis hat durch die Abpolzung der Verräter, die nicht oft genug die Piratenschiffe von

der Einigkeit des Proletariats im Munde führen konnten, nur gewonnen. Die Proletarier, die der sozialdemokratischen Partei noch angehören, werden jetzt in ihrem proletarischen Gewissen und um ihrer proletarischen Interessen willen zu entscheiden haben, ob sie noch länger die egoistische Politik ihrer Parteiführer und Parteiuferoffiziere mitmachen, oder ob sie auf dem Boden des Räteystems Schulter an Schulter mit ihren Klassen Genossen stehen wollen.

Der Rätegedanke wird trotz aller Anschläge und Tüden von innen und von außen seine sieghafte Kraft bewahren. Er ist lebendig trotz aller Gewalt von außen und trotz allen Berrots von innen. Die Attoden eines Roste und seiner Gardon auf den Vollzugsrat, all die Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Bespitzelungen, all die Verbürgerungen von Belagerungszustand, Standrecht und Schubhaft, all die Unterdrückung der auf dem Boden des Räteystems stehenden Zeitungen haben das Gegenteil von dem erreicht, was die verbissenen Gegner des Rätegedankens erreichen wollten. Die klassenbewußte Arbeiterschaft hält zäher und leidenschaftlicher denn je an den Arbeiterräten und ihren Organisationen fest.

Was Roste mit brutaler Gewalt nicht erreichen konnte, suchte die Staatsbureaucratie mit einer niederträchtigen Maßregelnpolitik durchzuführen. Das preussische Ministerium des Innern sowie das Finanzministerium, beide unter Leitung von politischen Karrieremachern, die sich noch immer mit eiserner Stirn „Sozialdemokraten“ nennen, suchten in engher Seelengemeinschaft die Groß-Berliner Rätebewegung zu erdroffeln. Seit langem hat der Finanzminister Südekum dem Vollzugsrat die Mittel für seine Arbeit verweigert. Dieser republikanische Finanzminister hat seine Sparmaßregelnbedenken, wenn es sich darum handelt, z. B. in der gesamtstaatlichen Eisenbahnen die Hohenzollernpuppen abzuwickeln. Er hat seine Bedenken gehabt, der kostspieligen Kommission für den Bau eines von Wilhelm II. geplanten Opernhauses bis auf den heutigen Tag die Mittel zu gewähren. Er hat auch keine Bedenken, ein Schloß sowie Equipagen und Autos für seinen eigenen Bedarf in Anspruch zu nehmen. Nur der verhafteten Räteorganisation und dem Vollzugsrat gegenüber bekennt sich dieser Finanzminister auf das Prinzip der Sparlosigkeit. Und das in einer Zeit, in der in der ungeheuerlichsten Weise Staatsmittel verwendet werden. Es sei nur an die wahnwitzigen Summen erinnert, die ohne gezielte und rechtliche Grundlage von der Regierung für ihre Soldnerscharen verkleudert worden sind. Den Arbeitern und den Arbeiterräten gegenüber verdrängt sich diese Regierung aber stets hinter „Geiz und Recht“.

Angesichts einer solchen Haltung der Regierungsstellen ist es verständlich, wenn die Kommunalbehörden, wenn das Spiekerium in den Gemeindevertretungen, wenn vor allem das kapitalistische Unternehmertum gleichfalls den Kampf gegen die Arbeiterräte auf der ganzen Linie aufnähmen.

Jetzt sind nun auch die dem Parteistatutismus verfallenen sozialdemokratischen Arbeiterräte mit fliegenden Fahnen in das Lager der Feinde des Räteystems übergegangen.

## Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Jetzt gilt es, der Gewalt und dem Verrat durch zähes und energisches Festhalten an der Räteorganisation die Spitze zu bieten. Die rechtmäßige Vollversammlung Groß-Berlins und deren Vollzugsrat werden seinen Fuß breit von ihrem revolutionären Boden weichen.

Dazu muß aber die klassenbewußte Arbeiterschaft wie ein Mann hinter ihnen stehen.

Die nächste Aufgabe wird sein, in all den Betrieben und Werkstätten, in denen sozialdemokratische Arbeiterräte vorhanden sind, zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Die Arbeiter und Angestellten müssen von solchen Arbeiterräten Rechenschaft verlangen, ob sie den Verrat an der Räte Sache mitmachen wollen. Ueberall, wo Parteistatutismus über den proletarischen Rätegedanken triumphiert, muß der sozialdemokratische Arbeiterrat seiner Vertrauensstellung für verlustig erklärt und durch einen überzeugten Anhänger des Räteystems ersetzt werden. Her-

ner muß in allen Betriebsversammlungen der Verrat der sozialdemokratischen Arbeiterräte abdröckend abbrandmarkt werden.

Die Sonderbündelei der sozialdemokratischen Vollzugsratsmitglieder und Arbeiterräte wird durch die Regierung dadurch gefördert werden, daß der gelbe Vollzugsrat mit Staatsmitteln unterstützt und in Staatsräumen untergebracht wird. Der rote Vollzugsrat wird sehr bald heimat- und mittellos sein. Er wird bald aber desto freier und unabhängiger an sein revolutionäres Werk gehen können. Die revolutionäre Räteorganisation kann nur gewinnen, wenn sie das Werk der revolutionären Arbeiterschaft selbst ist.

Für Erhaltung der Arbeitsschaffenheit des Vollzugsrats, zur Propaganda des Räteystems, zu Neuwahlen und zum Aufbau der Räteorganisation sind aber Mittel nötig. Eine Betriebsversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hat vor Wochen schon der Schaffung eines Wahl- und Propaganda-Fonds zugestimmt. Diesen Fonds so schnell als möglich zustande zu bringen, muß die Aufgabe jedes revolutionären Arbeiterrats, jedes klassenbewußten Arbeiters und Angestellten sein. In den nächsten Tagen werden Marken und Karten ausgegeben werden. Ihre Ausgabe und ihr Abschluß muß mit allen Mitteln beschleunigt und gefördert werden.

## Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Variert den heimtückischen Schlag, der gegen das Räteystem geführt wird, durch verdoppelte Treue für den Rätegedanken und verdoppelte Energie für die Erhaltung und Ausgestaltung unserer Groß-Berliner Räteorganisation. Es handelt sich dabei um mehr als um eine bloße Organisationsfrage. Es handelt sich um das Schicksal des Sozialismus und der Arbeiterklasse überhaupt. Es handelt sich darum, ob das Kapital oder ob das Proletariat als Sieger aus der sozialen Revolution hervorzugehen wird.

Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Es lebe das Räteystem! Es lebe der Sozialismus!

Berlin, den 17. Juli 1919.

Die Fraktion der U. S. V. D. des Vollzugsrats und der Vorstand der Fraktion der U. S. V. D. Arbeiterräte der Groß-Berliner Vollversammlung.

## Die Bewegung der Landarbeiter.

Aus Kreisen des Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Die Nachrichten über die Bewegung der Landarbeiter, die in diesen Tagen durch die Presse gingen, sind sehr aufregend worden, um die Verdrängung der Verhängung des Belagerungszustandes nachzuweisen. Die Vorgeschichte dieser Bewegung ist folgende:

Die Landarbeiter, namentlich in Pommern, sind bis zur Revolution von den Großgrundbesitzern von der Organisation ferngehalten worden. Mit allen Mitteln haben die pommerschen Junker den deutschen Landarbeiterverband daran zu hindern gesucht, in ihrer Provinz Mitglieder zu werben. Im Augenblick der Revolution fiel diese Beschränkung, der deutsche Landarbeiterverband nahm sofort die Gelegenheit wahr, um auch Pommerns Landarbeiter seiner Organisation zuzuführen. Damit hatte der Verband großen Erfolg. Während dieser Zeit hat der alte Bund der Landwirte, der sein letztes Stündlein gekommen glaubte, ein Verbot vorgenommen. Schon der Bund der Landwirte hatte behauptet, daß es keine besonderen Interessen für die Landarbeiter gebe, sondern daß die Interessen der gesamten Landbevölkerung in einer Einheitsorganisation wahrgenommen werden müßten und infolgedessen im Bund der Landwirte sowohl Landwirte wie Landarbeiter die Mitgliedschaft erwerben könnten. Nach diesem Grundgedanke wurde nun die Umänderung des Bundes der Landwirte in einen Landbund vorgenommen. Dieser Landbund, der in allen Provinzen seine Niederlassungen hat und je nachdem pommerscher Landbund, Schlesischer usw.

Landbund genannt wird, das es nun zur Aufgabe gestellt, Landarbeiter in erheblicherer Zahl als sie im ehemaligen Bund der Landwirte organisiert waren, in seine Reihen aufzunehmen. Dadurch wurden zu annähernd derselben Zeit in Pommern die Landarbeiter in zweierlei Richtung organisiert: einmal freigewerkschaftlich in erheblicher Zahl, andererseits durch die Landbünde, also wirtschaftsfriedlich oder gelb, in geringerer Zahl.

Die Niederlassungen des Landbundes in den einzelnen Kreisen stellen nunmehr Tarife für die Landwirtschafft auf, die unter keinen Umständen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen. Wenn die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter Tarifverhandlungen wünschen, dann würde ihnen entgegengehalten, daß ja ein Tarif eigentlich schon bestehe, nur durch sehr energisches Auftreten der Beauftragten des Deutschen Landarbeiterverbandes ist es möglich gewesen, in den weitesten Kreisen Pommerns zu Tarifen zu kommen, die wenigstens annähernd der Zeitfrist entsprechen. Die Leiter des Landbundes, Herr v. Dörfling und Konsorten, behaupten nun, daß die Forderungen des Deutschen Landarbeiterverbandes oder seiner Beauftragten in bezug auf die Lohnfragen unerfüllbar seien, und daß die Landwirtschaft unter keinen Umständen in stande sei, diesen Forderungen Genüge zu tun. Ob nun eine Forderung von 2600 Mark Jahreslohn, die als Durchschnitt für ganz Pommern angenommen werden kann, in der jetzigen Zeit als unbeschreiblich bezeichnet werden kann, das zu entscheiden überlassen wir dem Leser. Gewißere sagt dabei noch ins Gewicht, daß die Anrechnung der Deputate, von Wohnung und Deputatlohn auf den Lohn sehr hoch ist und infolgedessen der übrigbleibende Jahreslohn oft einen lächerlich geringen Teil des Gesamtjahreslohnes ausmacht.

Aber ungesachtet dessen hat die Landwirtschaft selbst den Beweis erbracht, daß sie wohl in stande ist, noch mehr Lohn zahlen zu können, als in den Tarifverhandlungen verlangt wurde; das ergibt sich aus folgenden Tatsachen: Wenn in einem Orte die Landarbeiter Luit zeigen, sich der freien Gewerkschaft anzuschließen, dann wurde ihnen von den Arbeitgebern nicht nur Korn, Hülsenfrüchte, Schlachtwild versprochen, sondern auch gegeben, damit sie ihre Arbeit nicht ausführen sollten. Außerdem bezahlten die pommerschen Junker die Beiträge für ihre Arbeiter, wenn sie sich zur Aufnahme im Landbund bereit erklärten, und gewährten ihnen in diesem Falle noch weitere wirtschaftliche Vorteile. Wenn trotz des Widerstandes der agrarischen Unternehmer gegen die Verbesserung ihrer Lebenshaltung die Landarbeiter nicht nur Pommerns, sondern ganz Deutschlands bisher so ruhig geblieben ist, wenn sie trotz der Sabotierung der Tarifverhandlungen durch die Arbeitgeber in vielen Fällen ihrer Arbeit nachgegangen ist und das im Interesse der Befriedigung der notwendigen geleistet hat, dann gereicht ihr das zu hoher Ehre, um so mehr, als die gewerkschaftliche Schienung der Landarbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Im jetzigen Falle handelt es sich nun nicht nur um eine Nachprüfung der Landbünde mit dem Ziel der Verschärfung oder wenigstens Zurückführung des Deutschen Landarbeiterverbandes, sondern noch um viel mehr. Bei den Auseinandersetzungen über die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des Friedens auf den pommerschen Gütern hatte man sich schon darauf vorbereitet, gegebenenfalls die Gegenrevolution ins Leben zu rufen und zu diesem Zwecke ließ man sich „Moorkultur-Spaten“ und ähnliche Spezialartikel von den Waffenammstellern geben; die Waffenammstellern waren auch in allen Fällen bereit, Waffen herauszugeben. Es kam aber anders. Denn die Landarbeiter eben wie die Arbeiter der Städte hatten ein besseres nationales Empfinden als jene Leute, die um den Preis des Blutes vieler tausender Mitbürger das reifen wollten, was sie „deutsche Ehre“ nannten. Die damals höchste Aktion soll in anderer Form wieder aufgenommen werden. Dies zu verhindern ist die Hauptaufgabe für alle, die es ernst mit dem Wohle des Volksganzen meinen.

Es haben am 16. d. M. in Stralsund und in Stettin wackelnde Provisorien der Reichsregierung und der Provinzialbehörden Besprechungen stattgefunden, die zur Klärung der Situation erheblich beigetragen haben. Es ist festzustellen worden, daß es überhaupt nur ein Kreis in ganz Pommern ist, bei dem man einigermäßen von Ursachen sprechen kann. Und das ist der Kreis Franzburg. In allen anderen Kreisen sind die Verhältnisse nicht anders als je, nämlich gänzlich ruhig. Zu weiteren Verhandlungen wird am 18. d. M. geschritten; es besteht die Vermutung, daß diese Verhandlungen zur Aufhebung des Belagerungszustandes führen. Auf das Entscheidende muß esfordern werden, daß ein planloses Verbieten des Belagerungszustandes in Zukunft unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Nichts könnte den Willen der Junker mehr entgegenwirken, als wenn durch die beschriebenen Maßnahmen militärischer oder Regierungsstellen die Landarbeiterschaft in eine Erregung hineingetrieben und dann der aus der Landarbeiterschaft abgeleitete Generalstreik eintreten würde.

Wenn wir uns noch vergegenwärtigen, daß im Innern Pommerns, Ostpreußen, Westfalen, Sachsen und Thüringen alles in allem vielleicht 3000 Landarbeiter im Streit stehen, dann kann man erkennen, wie wichtig das Gewand von einem Generalstreik in Pommern ist und wie hinfällig der langsame Streik und die Ueberlassungen sind, die von einem beherrschenden Einzelstreik reden. Wenn irgendwo, dort wird es sich bei Beurteilung der Verhältnisse auf dem Lande notwendig machen, daß nur Leute, die auch wirklich von den Verhältnissen etwas verstehen, ihre Feder zur Beschreibung dieser Verhältnisse ansetzen, nicht aber, damit bloß etwas über die Landarbeiterschaft geschrieben wird, das gewöhnlich Volk in Unruhe versetzt wird.

### Der Generalstreik in Stettin.

Stettin, 17. Juli.

Eine Versammlung der Vertrauensleute der Gewerkschaften beschloß gestern abend, den Streik fortzusetzen, jedoch die Arbeit im Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerk wieder aufzunehmen.

### Keine Lebensmittel, keine ärztliche Versorgung.

Stettin, 17. Juli.

Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiterschaft hat heute begonnen. Die meisten Läden, auch die Lebens-

mittellgeschäfte und Kantinen sind geschlossen, ebenso Bäckerläden und Metzgereien. Auch die Verträge zwischen die Güterleistung. Der Bürgerstreik hat verfaßt, daß auch die Beamten des Lebensmittelamtes streiken sollen. Die Nahrungsmittelversorgung dürfte daher in den nächsten Tagen sich außerordentlich schwierig gestalten.

### Das Kriegsgericht in Teltow.

Greifswald, 17. Juli.

Das Kriegsgericht des Belagerungszustandes für Vorpommern hat sich heute in Greifswald konstituiert. Am gestrigen Tage wurden dem hiesigen Kriegsgericht über 30 verhaftete Landarbeiter zugeführt, von denen 13 noch der Vernehmung wieder entlassen wurden. Heute fanden abermals 9 neue Einlieferungen statt.

### Gegen den Belagerungszustand!

Greifswald, 17. Juli.

Wie der „Greifswalder Zeitung“ aus Griemmen gemeldet wird, sind dort die Fabrikarbeiter wegen des Belagerungszustandes neu in den Streit getreten. — In Greifswald ist das Gewerkschafts-Komitee zu einer Sitzung zusammenberufen worden, um über den Generalstreik in Greifswald, der morgen früh eintreten soll, zu beraten.

## Die pommerschen Junker unter Auflage.

### Der pommersche Landbund — eine Verschwörerliste. — Die Militaristen im Dienste der Groß-agrarier. — Scharfe Zusammenstöße.

In der preussischen Landesversammlung kam es gestern zu einer großen Abrechnung mit dem pommerschen Junkertum. Drei kleine Anfragen über den Landarbeiterstreik, von den Unabhängigen, den Rechtssozialisten und den Deutschnationalen gestellt, gaben den Auftakt zu einer Debatte, in der das ganze Material über den Landarbeiterstreik und seine Ursachen aufgerollt wurde. Von der Aufschuldigung, daß hinter dem Landarbeiterstreik linksradikale Drahtzieher händen, blieb nach der stundenlangen Aussprache kein Atom übrig. Dafür sahen als wirkliche Schuldige die pommerschen Junker, und insbesondere die Organisation, die sie sich zum Schutze ihrer Interessen geschaffen haben, der Landbund, auf der Auflagebank.

Landwirtschaftsminister Braun leuchtete in seiner Rede stark hinter das gefährliche Treiben dieser Klasse, der die Revolution ein Dorn im Auge ist und die sich mit der Militar-kamorra verpaidet hat, um die alten Zustände wieder einzuführen. Herr Braun, der den Junkern so viele billige Wahrheiten sagte, hat nur vergessen, daß deren freches Treiben erst möglich wurde durch die scharfe Politik der Rechtssozialisten in Preußen und im Reich. Wenn heute die Junker sofort mit der Anwendung von Waffengewalt drohen, so wollen wir dabei nicht vergessen, daß ihnen diese Waffen auf Anordnung von rechtssozialistischen Ministern geliefert worden sind.

In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung kamen noch einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte die förmlichen Anfragen der Deutschnationalen von Kessel und Genossen über den Landarbeiterstreik, der Sozialdemokraten über die Notlage der organisierten Landarbeiter, und der Unabhängigen über das Koalitionsrecht der Landarbeiter zur Beratung.

Hg. Koch-Ochsenhausen (Nat.): Der Landarbeiterstreik hat schnell um sich gegriffen und droht sich zu einer Massenbewegung auszuweiten. Die Zeitungsnachrichten von gestern und heute reden eine deutliche Sprache; sie zeigen uns, daß seit dem berühmten 9. November der Status quo unauffassbar weiter dem Abgrund zuwinkt. Ein allmählich ist die Revolution von den Südküsten in das tiefe Land hineingekommen, in dem Sinne nämlich, daß die Leute erkennen, daß sie aus der Revolution etwas machen läßt, daß man dabei etwas gewinnen kann. Von will über aus dem letzten Rest unseres einst so blühenden Wirtschaftslebens gründe ziehen, und dadurch den Boden für eine neue, von gewisser Seite so sehr begehrte Revolution vorbereiten. Das hat auch der „Vorwärts“ angegeben, bezugnehmend auf das Berliner Tageblatt“ unerbittliche Beweise dafür abgedruckt. Ein Streik von 14 Tagen vernichtet die Ernte. Die müssen dafür sorgen, daß die Landwirtschaft nicht vor die Hunde geht, darum muß dieser Streik verhindert werden. Das ist nur möglich, wenn die Regierung Politik zeigt. Die Regierung muß entschieden gegen die parteiliche Seite vorgehen.

Hg. Schmidt-Blepen (Nat.): Die Rechte hat es so weit gebracht, daß die Gefahr eines Landarbeiterstreiks droht. Sie muß sich die Zustimmung gegen die Landarbeiter, um ihnen das Koalitionsrecht zu rauben. Die ganze Dage kommt vom pommerschen Landbund her. Dieser Landbund findet eine Verhängung sehrmäßig zu hinterziehen. Die Landarbeiter werden ausgenutzt zur Verreichung politischer Ziele. (Sehr richtig! links. Zurufe rechts.) Aber die alten Zeiten sind vorbei. Auch der Landarbeiter hat Anspruch auf gute Behandlung. Mit den Sozialisten sind die Junker viel näher verwandt als wir. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Welche Gütebilder werden nun offen,

es müßte noch viel stiller werden.

Der Belagerungszustand ist verhängt worden, ehe es überhaupt zu Verhandlungen kam. Man spricht von den Sozialisten und man meint den verhassten Landarbeiterverband. Die Meinungen in der Presse sind teilweise direkt gegenseitig. Das Vieh wird gefilzt und gemolken, und die Milch wird abgekauft. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Wo das untersteht, greifen wir ein. Die Regierung hat das Material über den pommerschen Landbund seit Mitte Juni in Händen. Warum ist sie noch nicht eingedrungen? Kommt es zu einer zweiten Revolution, dann werden die Herren, die für die jetzige Bewegung verantwortlich sind, nicht so glimpflich befangen wie bei der ersten Revolution. (Lärm rechts. Zurufe rechts: Bodenlose Rede!) Das Militär greift überaus zum Schutze der Arbeitgeber ein wegen der engen Vertrauenshaft der Offiziere zu den Gutsbesitzern. (Sehr richtig! links.) Der Landarbeiterverband zählt schon über 300 000 Mitglieder, das wird er eine Welle überfluten haben. Dann wird sein Einfluß groß genug sein, daß das landliche Proletariat nicht mehr mit sich schändlichen spielen zu lassen braucht. (Beifall b. d. Soz.)

Hg. Mehlhof (H. Soz.):

Der deutschnationaler Redner sucht die Ursachen der Landarbeiterschaft in Pommern und in anderen deutschen Gegenden da, wo der politische indifferenten Spielver nicht zu finden pflegt, der den Vorgängen im Reichshofleben entweder völlig verständnislos oder mit persönlicher Antipathie und Bosheit gegenübersteht. Nach meinen Erfahrungen schimpfen heutzutage auf die kommunistische oder sozialistische Frage gerade diejenigen Mitglieder des Reichstages, die am wenigsten von ihrer eigenen Partei wissen. Die schändlichen Redner und Scherzer eruchen

sich in den lauesten Zeiten über den weltbeweglichen Prozess um ihre schmutzigen Geschäfte so wenig wie möglich hören zu lassen. Diese Dinge von rechts wird auch von rechtsstaatlichen Kreisen, Herrn Hellmann, unterstützt, der nicht müde wird in der Presse zu behaupten, daß die Kommunisten und die Unabhängigen immer neue Kategorien von Arbeitern in der Einzel einschleichen. Damit hat sich Herr Hellmann in die Politik jenseit

### Journalistischen Schmutzstafeln

begleiten, welche aus tausend Bechern das Gift Frechheit, das die Welken zur politischen Verwundung und Verdämnung führt. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Auch die Landarbeiter fordern das Koalitionsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Arbeitgeber aber wollen nicht einsehen, wie der Landarbeiter, der früheres Arbeitsgesetz, jetzt ein solches Recht geltend machen kann, sie erkennen ja auch ein Recht der Revolution nicht an, sondern stellen sich bloß vorläufig auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Darin liegen auch die Ursachen des Streits. Wo man sich mit den Unternehmern einigt hat, wie z. B. in Pabellburg, geht alles friedlich zu. Der Landwirt geht es jetzt relativ gut, er ist durchweg im Kreise und durch den Krieg zu Wohlstand gelangt, da ist es begreiflich, wenn jetzt auch die Landarbeiter ihren Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein geltend machen. In Pommern hat der kommende General von Oben den Belagerungszustand durch eine Verfügung verhängt, die noch über das Gesetz von 1861 hinausgeht, und direkt angeht, ist eine solche Verfügung, die

### einen unglaublichen Arbeitszwang einführt.

die alle Versammlungen während der Arbeitszeit verbietet, die die Verwendung von Zeitungen selbst als Einschlagpapier unter schwere Strafe stellt (Raden und lebhafter Bewegung links) dann man selbst unter dem alten Regime nicht für möglich gehalten. Wie herrlich weit haben wir es doch auf dem Wege der Revolution schon gebracht. Der Streik bedeutet die völlige Aufhebung des Koalitionsrechts. Mit Gewalt wird aber immer nur das Gegenteil des Gewollten erreicht. Das Land steht immer noch unter der Diktatur einer Handvoll Deutschnationalen, an deren Gewalt herrschaft auch heute trotz der Revolution noch nicht das geringste gemindert worden ist.

### Landwirtschaftsminister Braun:

Die Revolution hat die Landarbeiter von den politischen Kreisen befreit, aber wirtschaftlich und sozial sie zu betören, dazu bedarf es doch der planmäßigen Einwirkung durch die Landarbeiterschaft selbst. Wenn diese jetzt in Formen vor sich geht, die den Arbeitgebern und der weiteren Volksgemeinschaft nicht angenehm sind, so rührt sich eben der Mangel an Organisation und gewerkschaftlicher Schienung bei den Landarbeitern. Die Situation wird jetzt durch einzelne kommunistische Agitatoren ausgenutzt, die die Landarbeiter in den Streit ziehen. Diese wenigen verführerischen Elemente finden auch hier das barmherzigste Wirtschaftsleben zum völligen Zusammenbruch zu bringen, um auf den Trümmern der Herrschaft eines gemäßigten Arbeiterrechts aufzurichten. Es legen an die Stelle der Demokratie den Terror, und an die Stelle des wahren Sozialismus einen rohen Landaraten Sozialismus. (Große Unruhe bei den U. Soz.) Gegen sie muß und wird mit allen Mitteln vorgegangen werden. Ein solches Vorgehen gegen sie ist aber nur berechtigt, wenn es sich wirklich auf diese Elemente beschränkt, und wenn die berechtigten Ansprüche der Landarbeiter erfüllt werden. (Sehr richtig! links.) Die wirtschaftliche und soziale Lage der Landarbeiter muß von Grund auf umgeändert werden. Die Behörden haben da vielfach versagt, weil sie jahrelang auf die

### Bekämpfung der Landarbeiterorganisationen

eintreffen waren. Ich habe im Ministerium einen besonderen Referenten bestellt für die Bekämpfung der Arbeiterschaft, den es auch gelungen ist, viele gute Tarifverträge abzuschließen. Die Landarbeitervereine haben ihn dabei weitgehend unterstützt, und es ist daher eine Verleumdung wenn von gewisser Seite behauptet wird, die Landarbeitervereine wollten die Arbeiter zum Vertreibung und zum Streik verleiten. Ueberall hatten wir Erfolge, wo von den Arbeitgebern die Durchbrechung des Wirtschaftsfriedens nicht geradezu so

### das Gegenstück zu den Kommunisten,

sie sind nicht weniger gemeingefährlich als diese, ja beide arbeiten sich einander in die Hände. (Sehr richtig! Zurufe links: Keine Spezialisten! — Lärm rechts.)

Es ist kein Zufall, daß gerade in Pommern die Bewegung einen so günstigen Charakter angenommen hat, denn in Pommern ist

### der pommersche Landbund

zu Hause, der ungelich wirtschaftsfriedlichen Stellen dient, in Wahrheit aber das Zustandekommen von Tarifverträgen vereitelt und politisch reaktionäre Ziele verfolgt. (Hört, hört! links. Widerspruch rechts.) Dieser Bund hat es auch verstanden, den militärischen Apparat in seine Dienste zu stellen. (Hört, hört! links.) Dadurch hat er sich in den Besitz von Waffen zu setzen gelangt. Gewisse militärische Kommandostellen haben mit diesem Landbund unter einer Decke. (Hört, hört! links. Lärm rechts.) Der pommersche Landbund ist so weit gekommen, daß er die Einrichtungen und Angelegenheiten einer amtlichen Verwaltung, der Sozialministerkommission für Pommern, für seine politischen Ziele misbraucht hat. (Schluchzen, Hört, hört! links.) Broder Lärm rechts. Zurufe rechts: Beweise! Wie sollen die durch Verhandlungen festgesetzt. (Schluchzen, Lärm rechts. Zurufe rechts: Mündlich! Ungläublich!) Die Verhandlungen sind von einem Komitee vorgenommen worden, weil sie absolut notwendig waren. (Lärm rechts. Zurufe rechts: Beweise! Beweise! Beweise!) Diese Verhandlungen sind völlig wertlos. (Schluchzen, Lärm rechts.) Sie (auch rechts) waren bisher nicht vollständig, von dieser Seite solche Worte zu hören. (Sehr richtig! links.) Es werden sich jetzt daran ändern müssen. (Lärm links.) Bei Ausbruch der Revolution hätten sich diese Kreise im Kampfstand befinden, jetzt aber treten sie mit der alten Unverschämtheit auf den Plan und haben ihre besonderen politischen und wirtschaftlichen Zwecke durchzusetzen. In der

gewissenlosesten Weise werden noch heute Landarbeiter gemißhandelt wegen der Unbilligkeit zu einer Organisation oder zu einer den Unternehmern unangenehmen Partei. (Hört, hört! links. Lärm rechts: Minister für Landarbeiter!) Ich habe wiederholt in Erlaßen auf die Schaffung von Arbeitervereinigungen und Sozialwerken hingewiesen, damit Streiks vermieden werden. Der Landbund hat systematisch die Schaffung dieser Einrichtungen vereitelt. (Hört, hört! links.) Einzelne Landbünde haben ihre Aufgabe richtig verstanden, haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommen lassen und Tarifverträge zustande gebracht. In diesen Kreisen kennt niemand an Streik. Andere Landbünde haben sich in den Dienst der pommerschen Landbünde gestellt und in deren Kreisen herrschen jetzt Unruhe und Streit. (Hört, hört! links.) Diese zuverläßigen Landbünde hat der Landbund durch Extraktive zusammengezwungen. (Hört, hört! links.) Ein solches Treiben ist im höchsten Grade gemeingefährlich und aufreißend. Die Herren im pommerschen Landbund, die die verantwortliche Tätigkeit ausüben, müssen mit derselben Schärfe bekämpft werden wie die kommunistischen Streikführer, denen sie die haben in die Hände treiben. (Lärm rechts. Beifall links.) Diesem Treiben haben auch lang gewagt, Be-

wante des Arbeiterverbandes zu bestehen und meinen Ausschluss durch Einladungen zur Jagd und durch gesellschaftliche Ehrenwürdigkeiten von seiner Pflicht abzuhalten. (Zürcherisches Bül. S. 156. Darm recht, Jurist recht: Beweis!) Was ich hier vortrage, kann ich alles beweisen. (Hört, hört links.) Als das mißlang, hat man

**In Reflexionen gegen den Mann unternehmen,**  
und ihn mit der bekannten Kruppischen Art beschnitten mit der Konfession von jeder politischen Gegner zu vernichten trachten. Dessen D. Z. Z. m. 12 ist gelungen, unter großen Schwierigkeiten eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbeizuführen. Dr. Grimm hat einseitig vor dem Reich gewirkt. Es ist unerhört, daß man einen solchen Mann in dieser Weise angegriffen hat, daß man mit solchen Unmännlichkeiten gegen einen Kommunisten und gegen die Regierung vorgeht. Wenn Dr. Grimm nicht gelungen ist, überall den Streik zu bannen, so ist die Sache vom Landesherrn daran schuld. (Lärm rechts.)

**Verhängung des Belagerungszustandes war ein großer Fehler.**  
Ich habe sofort die Aufhebung verlangt. Die militärischen Stellen sollten sich nicht in Wirtschaftsverhältnissen mischen. Es müssen die Grundgesetze der Verfassung zwischen Tarifverträgen gelegt werden. Es müssen landwirtschaftliche Spruchämter geschaffen werden. Die landwirtschaftlichen Elemente von rechts müssen zur Ruhe gebracht werden, dann werden Streiks verhindert werden. Ein Streik ist unter allen Umständen zu vermeiden. (Beifall.)

Darauf werden die Verhandlungen wieder durch eine Geschäftsverhandlungsausnahme unterbrochen.  
Präsident Reinerth schlägt vor, die für die einzelnen Redner vorgegebene Redezeit von einer Viertelstunde für diesen Gegenstand auf eine halbe Stunde zu vergrößern.  
Abg. Hoffmann (H. Sos.) beantragte unter heftigen Angriffen gegen die Mehrheit, die Beschränkung der Redezeit überhaupt fallen zu lassen.

Der Antrag wird gegen die Mehrheit und die Unabhängigen abgelehnt. Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen.  
Darauf folgt wieder minutenlanges Lärm ein.  
Präsident Reinerth: Ich bitte nochmals, Ruhe zu halten. In dieser Weise können die Beschlüsse nicht weiter fortgeführt werden. Wenn in diesem Tage weiter verhandelt werden soll, dann bin ich gezwungen, das Präsidium zu verlassen. (Bewegung und lebhaftes Bül. S. 161.)

Abg. von der Osten (Dnals.): Der Minister hat in zornigem Tone geantwortet. Der Herr ist selten ein guter Ratgeber. Es war meine Pflicht, auf Grund glaubwürdiger Informationen das Ministerium gegen Dr. Grimm vorzubringen, zwei Ministerräte und zwei Richter wollen mit ihrem Elde für die Möglichkeit ihrer Mitsprache einstehen.

Ein Antrag Woblschke auf Bewilligung längerer Reden, von der Antragsteller ausführlich begründet und den Reichspräsidenten Reinerth dabei charakterisierte, daß damit die Verhandlungen fortgesetzt werden sollten, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt.

Abg. Schauer (Sos.): Die pommerische Landwirtschaft hat sich in der Tat in den Klauen der Landwirte gefühlt, der im März 1919 gegründet wurde und eine Fortsetzung des pommerischen Bauernbundes ist, der vor dem Reich viele Arbeiter im Weltkriegsgebiet hat. (Bül. S. 161. H. Sos.) Bei der Verhängung des Belagerungszustandes ist der Oberpräsident nicht geladungen worden. Die Generalräte in Stettin und Stralsund werden nicht aufhören, bevor der Belagerungszustand nicht aufgehoben ist.

Reichspräsident Reinerth: Von der Verhängung des Belagerungszustandes über weitere Verträge in Rommern hat das Generalkommando sofort Mitteilung an das Ministerium begeben und um Beilegung gebeten. Das Ministerium hat sofort geantwortet, zwei Kommissare nach Rommern zu schicken, die beauftragt sind, ohne weitere Rücksicht auf Ort und Zeit alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Oberpräsident ist mit der Verhängung des Belagerungszustandes in Einklang einverstanden. Die weitere Ausbreitung des Belagerungszustandes war eine militärische Maßnahme zum Schutz der bedrohten Kreise. Jetzt wird näher geprüft, ob das zweckmäßig und notwendig ist.

Landwirtschaftsminister Brauns: Gegen Herrn von der Osten ist Klage angehängt worden, um die Mehrheit zu ermitteln. Herr Grimm ist seit 1915 Sozialdemokrat und hat sich niemals als demokratischer Parteiführer angeboten.

Abg. Westermann (Dem.): Als praktischer Landwirt, der von der Erde auf der Erde hat, rate ich meinen Verunglückten von der Rechte, sich nicht gegen das Konstitutionsrecht der Landwirtschaft zu wehren. Tarifverträge müssen paritätisch abgeschlossen werden. Die Einnahmen der Landwirtschaft sind sehr geringen, und wir können etwas mehr für Ruhe ausgeben, wenn auch der Landwirt, der sich an die Höchsthöhe gehalten hat, nicht ermordet werden soll.  
Die Sitzung wird nunmehr auf 7 1/2 Uhr abends vertagt.

## So demonstriert die Regierung!

Berlin, 17. Juli.

W. Z. S. meldet: In den seitens einzelner Parteien für den 21. Juli geplanten Demonstrationen, wird von zuchtwärtiger Stelle mitgeteilt: Versammlungen unter freiem Himmel sind nur außerhalb des eigentlichen Stadtbereichs auf den vorhandenen freien Plätzen, in den Parks usw. gestattet. Diese Versammlungen müssen angemeldet werden. Versammlungen in geschlossenen Räumen dürfen unter keiner Umständen, vorausgesetzt, daß sie ordnungsgemäß und rechtmäßig angemeldet worden sind.

Man erinnere sich: Die Mehrheit der Reichsregierung besteht aus Rechtssozialisten, auch Herr Nooke, in dessen Bereich die Hauptoperationalität für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes liegt, wenn sich so wohl noch Sozialdemokrat. Und diese Regierung wagt es, der Grundgebung der Arbeiterkraft für die internationale Solidarität des Proletariats, gegen die Verbrecher des Imperialismus Kampfverleihen zu bereiten!

So wird die Arbeiterkraft dazu gezwungen, die Kundgebung am kommenden Montag zugleich zu einer Demonstration gegen diese Regierung zu gestalten. So wird das Proletariat an diesem Tage seinen Willen bezeugen müssen, daß es nicht nur den Kapitalismus, sondern auch die Vorkämpfer des Kapitals aus schärfste bekämpfen gilt.

Bugleich aber wird den Sozialisten der anderen Länder die verbrecherische Scheiderei der deutschen Rechtssozialisten vor Augen geführt. In derselben Zeit, in der unsere Brüder in Frankreich, England und Italien gegen den Belagerungszustand, für die bürgerliche Freiheit, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus demonstrieren, haben die regierenden Sozialisten in Deutschland die Staatsbürgerliche Rechte für die Arbeiter auf, rufen sie die Militär- und Polizeigewalt gegen das Proletariat zu Hilfe.

Die Arbeiter aber werden sich nicht irre machen lassen und ihrer Kundgebung am kommenden Montag einen gewaltigen Umfang geben. Trotz alledem!

## Die Sprengung des Volkzugrates.

Aus dem Bureau des Volkzugrates wird uns geschrieben:

In der Fraktionssitzung der S. P. D. vom Mittwoch, den 16. d. M., haben die Mitglieder des Volkzugrates Prolat und Kano noch übereinstimmenden Beschlüssen der Briefe Ausführungen gemacht, die nicht unüberhörten werden können. Viele Ausführungen haben denn auch die Arbeiterräte der S. P. D. zum Austritt aus der Volkzugsammlung wie auch zum Ausscheiden der S. P. D. Mitglieder aus dem Volkzugrat geführt, und damit zur Spaltung der Berliner Arbeiterorganisation.

Prolat hat behauptet: der Volkzugrat sei noch einer vierzehntägigen Unterbrechung wieder zusammengetreten und in dieser Sitzung wären die Mitglieder der S. P. D. von den Kommunisten in der hässlichsten Weise beschimpft und mit den Namen Spindel, Denunzianten und „Noske-Bardisten in Zivil“ bezeichnet worden. Die U. S. P. hätte sich nicht gegen diese schamlose Anpödelung gewandt, trotzdem doch gerade die Mitglieder der S. P. D. es gewesen wären, die bisher bei ihren Genossen in der Regierung alles herausgeholt hätten. Man könnte nicht verlangen, daß sie sich noch länger vor den Wagen dieser Leute spannen liehen und die Roterung zur Sache von Witte für den Volkzugrat zu veranlassen lasen. Kano hat dann die Behauptungen Prolat's ergänzt durch Mitteilungen über „Wirtwirtschaft“ des Volkzugrates, und dabei behauptet, der Volkzugrat habe Siccasmittel vergebend; außerdem habe er die Volkzugsammlung abgelehnt, dem Verlangen des Finanzministeriums entsprechend eine Etage für anderweitige Verwendung freizumachen. Ferner befinde sich ein Teil des Personals fortwährend auf Urlaub.

Die Behauptung Prolat's, der Volkzugrat sei erst nach einer vierzehntägigen Unterbrechung wieder zusammengetreten, ist unwohr. Der Volkzugrat hat vielmehr fast regelmäßig jeden zweiten Tag eine Sitzung abgehalten. Während der Vorsitzende Richard Müller abwesend war (Revolutionskongress der Metallarbeiter und Gewerkschaftskongress) hatte Prolat als stellvertretender Vorsitzender die Pflicht, für die regelmäßige Fortführung der Beschlüsse Sorge zu tragen. Wenn während dieser Zeit das nicht in dem gewünschten und erforderlichen Maße geschehen ist, so trägt Prolat selbst die Schuld daran. Aber er selbst hat während dieser Zeit mehrere Sitzungen des Volkzugrates geleitet. Seine Behauptung erweist sich als eine böswärtige Entstellung der Tatsachen, durch die er sich und seine Freunde selbst genügend charakterisiert.

Aus dem Bericht ist nicht zu entnehmen, worin die Wirtwirtschaft bestanden soll, die im Volkzugrat getrieben wird, auch nicht, wodurch der Volkzugrat Staatsmittel vergebend haben soll. Es kann sich dabei nur um die Angelegenheiten des Volkzugrates handeln. Das kam auch auf der letzten Sitzung zum Ausdruck. Die S. P. D. behauptete ganz plötzlich, der Volkzugrat beschäftige zu viel Angestellte. Als der Nachweis verlangt wurde, wies die S. P. D. auf zwei zur Zeit auf Urlaub befindliche Angestellte hin. Bereits vor Wochen ist von dem Vorsitzenden Richard Müller darauf hingewiesen worden, daß diese beiden Angestellten, sobald sie ihre Arbeit erledigt haben, anderweitige Verwendung finden sollen. Außerdem war zur Heberwahrung und Regelung der internen Angelegenheiten des Volkzugrates eine Kommission eingesetzt, deren Vorsitz der Demokrat Rother führte. Außerdem gehörten dieser Kommission je ein Mitglied der Fraktionen an. Als eine Mehrheit der S. P. D. und U. S. P. war nicht vorhanden. Es wäre Pflicht dieser Kommission gewesen, etwa eintretende Wirtwirtschaft sofort zu beilegen. Aber gerade diese parteilich zusammengesetzte Kommission hat niemals Veranlassung gefunden, einzuschreiten, trotzdem der Vorsitzende R. Müller wiederholt dazu aufgefordert, sie solle zusammenrufen, damit jede etwa auftretende Unregelmäßigkeit sofort beseitigt werde.

Auch die Behauptung, daß die meisten Angestellten auf Urlaub sind, ist unwohr. Die Angestellten des Volkzugrates, die oft eine sehr ausdehnende Tätigkeit, zum Teil schon seit Monaten, ausgeübt haben, haben auf einstimmigen Beschlus des Volkzugrates Urlaub erhalten. Wenn jetzt die S. P. D. das zur Verabfolgung des Volkzugrats benutzt und beweist das die ganze Erbärmlichkeit ihrer Vorgehens.

In der letzten Sitzung des Volkzugrates haben die S. P. D.-Mitglieder die Nase fallen und erhoben diese ungehörigen Anklagen. Sie bekämpften den Volkzugrat in derselben Weise, die seit Wochen von der „Deutschen Tageszeitung“ befehle wird. Das führte zu scharfen Erwiderungen, die auch nach durch andere Vorgesänge hervorgerufen wurden. Es ist aber eine bewusste Unwohrheit, wenn Prolat und Kano behaupten, sie seien als Spindel und Denunzianten bezeichnet worden. Diese Worte sind während der ganzen Sitzung überhaupt nicht gefallen. Wohl wurde von „Noske-Bardisten in Zivil“ gesprochen. Das aber die Behauptung „Noske-Bardist“ von den Mitgliedern der S. P. D. als eine schwere Beleidigung empfunden wird, ist immerhin sehr interessant. Daß es in einer Körperlichkeit, die sich aus Mitgliedern der S. P. D., U. S. P., S. P. D. und U. P. zusammenlegt, auch einmal lebhaftere Auseinandersetzungen gibt, ist in Anbetracht der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus begreiflich. Tatsächlich sind in früheren Sitzungen oftmals die allerhöchsten und verletzlichsten Anklagen gerade von den Rechtssozialisten ausgegangen. Aber immer wieder fanden sich die Mitglieder zu positiver Arbeit zu mannen.

Das Vorgehen der Rechtssozialisten die Sprengung des Volkzugrates und damit der Berliner Arbeiterorganisation war seit Wochen vorbereitet und konnte nicht mehr übersehen. Prolat und seine Freunde bandeln im Einverständnis mit der Regierung. Die Hinterhältigkeit ihres Vorgehens muß bei jedem anständigen Menschen Abwehr erregen. Dafür noch einige weitere Beispiele. Die Finanzierung des Volkzugrates war nach einem Bericht Prolat's in der Sitzung des Volkzugrates vom 5. Juni 1919 von der preussischen Regierung für solange zugesichert worden, bis die Regierung den Volkzugrat seiner Funktion entziehen habe. Am 15. Juli 1919 übermittelte ein Mitglied der S. P. D. dem Volkzugrat eine bürgerliche Korrespondenz einen Bericht, der am 16. Juli 1919 in fast allen Berliner Zeitungen erschien, demzufolge die Regierung den Volkzugrat nicht mehr anerkenne, also auch keine Mittel mehr zur Verfügung stelle. Die Notiz war so gehalten, daß auch die Unternehmer eine weitere Finanzierung des Volkzugrates ablehnen mußten. Das geschah also in einer Zeit, wo nach den Berichten Prolat's die Finanzierung des Volkzugrates durch die Regierung in einem für den Volkzugrat günstigen Sinne geregelt werden sollte und die Vorbereitung zur Einziehung der Beiträge bei den Unternehmern zum Teil schon erledigt war. Daraus kann man sehen, wie diese Leute hinter den Kulissen arbeiten.

Eine besondere Rolle bei der Abwicklung des Volkzugrates spielt der Finanzminister Dr. Südekum. Am 19. März 1919 erließ er gemeinsam mit dem Ministerium des Innern eine Verfügung, durch welche die Einrichtung des Hauses — in den Rellen 23 — für den Volkzugrat bestimmt wurde. Alle Gegenstände, die beschafft wurden, sind von den Beauftragten des Ministers Südekum beschafft worden, und nach am 10. Juli 1919 erklärte sich der Minister in einer persönlichen Aussprache bereit, die daraus entstehenden Kosten sofort zu übernehmen. Durch ein Schreiben vom 16. Juli 1919 teilte der Minister mit, daß er die Kosten für die von seinem Beauftragten beschafften Einrichtungsgegenstände nur zum Teil übernehme, und verweist die Lieferanten an den Volkzugrat, der mit dieser ganzen Angelegenheit weiter nichts zu tun hat, als daß ihm die Benutzung des Hauses wie auch der Einrichtung durch einen Mietsvertrag auszustanden war. Wir können der Gerechtigkeit das Urteil ruhig überlassen.

Es ließe sich noch eine ganze Reihe anderer Tatsachen anführen, die zweifelsfrei beweisen, daß die Regierung die Verechtigung des Volkzugrates seit Wochen systematisch vorbereitet hat, und daß die Mitglieder der S. P. D. des Volkzugrates beauftragt wurden, diese Senkerarbeit zu vollenden. Seitdem die S. P. D. im Volkzugrat in der Minderheit war, hat sie jede positive Arbeit zu isolieren verhindert oder sich überhaupt von jeder praktischen Betätigung fern gehalten. All die laufenden Arbeiten, die in letzter Zeit in Anbetracht der vielen Störungen des Wirtschaftslebens besonders groß waren, mußten von den anderen Mitgliedern des Volkzugrates erledigt werden. Doch nicht die angebliche Beleidigung durch die Kommunisten die Veranlassung zu der Sorenung gegeben hat, sondern die Erkennung ihrer Fraktionssprengung. Da wird die Volkversammlung der Berliner Arbeiterräte als ein „Tummelplatz niedrigen politischen Demagogon- und Dilettanten-tum“ bezeichnet. So gemein und niederträchtig hat selbst das große Scherenschnittorgan nicht über die Vertretung von mehr als einer Million Berliner Arbeiter geurteilt. Die Berliner Arbeiter, Angehörigen und Beamten werden den Rechtssozialisten die Antwort auf diese Beleidigung nicht schuldig bleiben.

Durch das Ausschließen der S. P. D. aus dem Volkzugrat wird an dessen Befehlen nichts geändert. Er bleibt nach wie vor und kann nur von einer Volkversammlung der Berliner Arbeiterräte beauftragt werden. Die nächste Volkversammlung findet am Sonnabend, den 19. Juli 1919 in den Germania-Sälen statt. Ihre Entscheidung wird für die Berliner werktätige Bevölkerung maßgebend sein. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen ihre Arbeiterräte veranlassen, diese ordnungsgemäß einberufene Volkversammlung zu besuchen, damit die Sprengung der Arbeiter-Rechtssozialisten verhindert wird.

## Ein Aufruf der ungarischen Arbeiterbewegung.

Budapest, 17. Juli.

Wie das Ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet, richtete die ungarische sozialistische Republik einen Aufruf an die Proletarier aller Länder, an dessen Schluss es heißt:

Wir herrlichen Erdmännern wenden wir uns an Euch, ihr Revolutionären, zur Demonstration und zum Generalstreik während des proletarischen Kampfes, Frankreich, England, Schweden, der Schweiz und Österreich. Wartet die Solidarität mit uns und mit unserer russischen Schwesterrepublik aus einer letzten Manifestation in die Aktion des Kampfes und schließt ab das Joch des Kapitalismus, entlastet die Fahne der revolutionären und aufständigen Revolutionen. Den Krieg, den die imperialistischen Mächte nicht heenden können, leitet um in den Rassenkrieg der Welt sollen gegen die Verhassten. Lasset eure Revoluzion weiter durch Gewalt nach mit schönen Neben erlösen. Es gibt nur einen Weg aus den Folgen des jüngstigen Krieges, die soziale Weltrevolution.

## Die Demonstration in Wien.

T. U. Wien, 17. Juli.

Die Wiener Reichsarbeiterräte erklärten sich mit dem Inhalt des Reichsarbeiterrates, daß der Aufruf an die Arbeiterparteien nur durch Straßenunruhe am nächsten Sonntag zu heben werden solle, nicht einverhoben und verlangen, daß wie in den Ostseeländern ein 24stündiger Generalstreik für den 21. Juli angefragt wird. Anschließend das Nachrichten, daß der Beschluß des Reichsarbeiterrates nur mit 168 gegen 77 Stimmen erfolgte, ist es nicht unmöglich, daß er nachträglich umgehoben wird.

Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Amerika. Der amerikanische Generalpostmeister hat die uneingeschränkte Wiederaufnahme des Postdienstes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland angeordnet. Vorläufig wird die Post noch über Skandinavien und Holland besetzt.

**Die freie Welt**  
Infolge des Noske-Verbots  
erscheint Heft 9  
**HEUTE**

**Theater und Vergnügungen.**  
**Volkshühne.** Theater am Wilhelmsplatz.  
 1 Uhr: Der tolle Fleischer.  
 3 Uhr: Der tolle Fleischer.  
 5 Uhr: Der tolle Fleischer.  
**Röniggrätzter Straße**  
 in der Der Hauptling.  
**Komödienhaus**  
 an der Marschallbrücke.  
 Lucie Häselich und Ludwig Hartau.  
 1 Uhr: Die Waise von der Platte.  
**Berliner Theater**  
 8 Uhr: Die tolle Komödie.  
**Deutsches Theater**  
 Abends 8 Uhr:  
 Max Pallenberg in  
 Auch ich war ein Jungling...  
 (Schwanke)  
**Kammerspiele**  
 Abends 8 Uhr:  
 Leopoldine Konstantin in  
 Das Weib  
 und der Humpelmann.  
**Theater des Westens**  
 Abends 8 Uhr:  
 Max Werber in Hans Wilmanns in  
**Die Geisha.**  
**Lessing-Theater**  
 Sommerspieltzeit  
 Leitung: Hans Störberg.  
 8 Uhr: Charleys Tante.  
**Deutsches Künstler-Theater**  
 Abends 8 Uhr:  
 Max Adalbert in  
 Die Rutschbahn.  
**Residenz-Theater.**  
 Untergrund: Klosterstraße.  
 8 Uhr: Zum 182. Male!  
**Das höhere Leben.**  
 Schauspiel von Sudermann.  
 Regie: Alfred Rottler.  
 8 Uhr: Keine Schläger.

**Trianon-Theater.**  
 24 Friedrichstraße, Nr. 62/2, 62/3.  
 8 Uhr: Zum 268. Male!  
**Der gute Ruf**  
 von Hermann Sudermann.  
 Sonntag 4 Uhr:  
 Johannisfeuer.  
**Rosa-Theater**  
 7 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o seltsame Zeit.  
 9 1/2 Uhr: O schöne Zeit, o seltsame Zeit.  
**National-Theater**  
 5 Uhr: (Reinhold Hehnke) 8 Uhr  
**Famille Mannemann**  
 Theater & Korbwaren Tor  
 Abends 8 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
 ehem. Mitglieder des  
 Seidler, Roselli,  
 Horst, Schabert,  
 Rahke etc.  
 Honor. Spielt.  
 Sommerpreise!  
**Mittheilung-Konzert**  
**Wintergarten**  
 Hefisch 7 1/2 Uhr  
**Varietevorstellung**  
 Raucher gestattet.  
**Berliner Prater**  
 Kastellan-Allee 7-9  
**Napoleon's Bummlerfahrt**  
 24. Juli  
**Ball.**  
**Ball.**  
 Varieté Anfang 4 Uhr.  
 Reinst du das Land, wo  
 die Ochsen hehen?  
 O du du den kleinen Spreck-  
 maß schon gesehen?  
 Der schönste Ausflugs-  
 ort im Reich  
**Maun's Waldschloß**  
 in Schönau.  
 Tel.: Friedrichshagen 65.  
 Jeden Sonntag Tanz.

**Vergnügungspark**  
**Schloßbrauerei Schöneberg**  
 Hauptstraße 122-123.  
 Heute Freitag, den 18. Juli 1919.  
**Fortsetzung des Entscheidungskampfes**  
**Hintze (Berlin) gegen Gebhardt (Hennkötze)**  
 Durch die fortwährenden Kräfte Hintzes beim  
 Entscheidungskampf gegen Gebhardt, war letzterer,  
 welchem ein altes Ohrspeicheldrüsen-Schwämmchen ver-  
 ursachte, gezwungen, den Kampf aufzugeben. Hintze  
 verzichtete auf den ihm zustehenden Sieg und verlangte  
 eine einwandfreie Austragung des Kampfes.  
 Nach dem Ringen:  
 Schwarze (Weltmeister) gegen Winter (Wien)  
 Hamzula (Amerika) gegen Wolf (Budapest)  
 Petilian (Berlin) gegen Pietro Scholz (Brandenburg)  
**Rechts der Ringplätze abends 8 1/2 Uhr**  
 Konzert - Spezialitäten - Grosser Ball.

**Säle frei**  
 für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften  
**Kaisers Konzert- u. Festsaal**  
 Kopenstr. 29.  
**Säle frei**  
 für Vereine, Gesellschaften, Versammlungen  
**Berliner Vereins-Konzertsäle**  
 Kommandantenstr. 58/59. Meritplatz 101/55.  
**Säle frei**  
 für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften  
**Central-Festsäle**  
 Alte Jakobstr. 32. Alte Jakobstr. 32.  
 Direktion: Selbiger & Engler.  
 Norden 9292 u. 9293. Koloss Bedingungen.

**Sonabend, den 19. Juli**  
 abends 8 1/2 Uhr, in den Ausstellungsräumen  
 der „Freien Jugend“, Petersburger Straße 39 1  
**1. Sturm-Abend**  
**Expressionistische Dichtungen**  
 Vortragender: Dr. Rudolf Blümler  
 Karten 2 1/2 Mk. und 1,50 Mk. sind erhältlich in der  
 „Freiheit“-Buchhandlung, Schiffbauerdamm 19, in dem  
 Verlag der „Freien Jugend“, Reichsstr. 10 I, sowie  
 an der Abendkasse  
**Sonabend, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr**  
 in den Ausstellungsräumen  
**6. Friedrich-Abend**  
 Karten 2 1/2 Mk. in der „Freiheit“ u. „Freien Jugend“ erhältlich.

**Klavier**  
 oder Flügel, eventuell Har-  
 monium, Kauf Schnach-  
 schnelder, Hückewerksstraße  
 Preisangebot erbeten.  
**Mandoline, Laute, Gitarre**  
 Wandermundoline 45,-, Ersatz,  
 55,-, Konzertlaute 125,-, 145,-,  
 (Unterricht 5,-), Monatskonzert,  
 evtl. 10stündige Schnell-  
 kurse, Künstlergitarre mit Zu-  
 behör 125,-, Konzertgitarre  
 65,-, Ernst Oranienstr. 16/111.  
**Pianos**  
 sorgfältige neue aus guten  
 Material, gute geräumliche,  
 weiche Klänge in großer Aus-  
 wahl werden nur gegen Bar-  
 zahlung, bei mäßiger Preis-  
 leist. bei uns erhältlich.  
**Max Seher,**  
**Andreasstraße 47.**  
**Piano und Flügel**  
 Harmonium, neue, gebräuchte, sehr preis-  
 wert. Seydler, Oranienplatz 21

**Markenfreie Lebensmittel**  
**ohne Beschränkung an jeden Groß- und**  
**Einwohner werden abgegeben:**  
 Gebürte baltische Plättchen, reichlich mit Honig, per 100  
 Schmalz-Butter, hochwertige Ware . . . 1 Zent.  
 Essigschmelz . . . 1 Zent.  
 Speiseöl, reines und köstlich . . . 1 Zent.  
 Butter, ausländische, beste Qualität . . . 1 Zent.  
 Antiochen-Kaffee . . . 1 Zent.  
 Tee in 100 gr. Packeten . . . 1 Zent.  
 Konservenfrucht . . . 1 Zent.  
 Vorberbereiteter . . . 1 Zent.  
 Nougat, ungesüßelt . . . 1 Zent.  
 Zerkleinerte . . . 1 Zent.  
 Getreidemehl . . . 1 Zent.  
**Gemeinde Berlin-Bez.,**  
**Berlinische Gannemannstraße.**  
 Die Stadtverordnetenversammlung hat nach  
 folgendem Ablauf der Anträge des gegenwärtigen  
 Ratstages die Stelle des  
**Oberbürgermeisters**  
 der Stadt Offenbach a. Main zur weiteren  
 Besetzung.  
 Die Wahl erfolgt nach den Bestimmungen der  
 Statutenordnung durch die Stadtverordnetenversammlung  
 12 Jahre. Die Fälligkeit des Mandats muß vor  
 der Wahl erfolgen und soll zunächst der Vereiner  
 vorzubereiten bleiben. — Aufstellung und  
 Bewerberauswahl sind öffentlich genehmigt. — Die  
 Bestimmungen der Statutenordnung können durch  
 Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung  
 geändert werden.  
 Derzeitige Oberbürgermeister ist nicht  
 wählbar. Derzeitiger Stellvertreter ist nicht  
 wählbar. — Bewerber müssen im Sinne der  
 Statutenordnung oder in einem anderen  
 Sinne wählbar sein.  
 — Die Wahl am 1. August 1919 an  
 dem Rathaus der Stadt Offenbach a. M.,  
 Offenbach a. M., den 11. Juli 1919.  
**Der Oberbürgermeister**  
 J. S. Pöschel, Offenbach

**Straßenhändler!**

Das über die „FREIE WELT“ verhängte  
**Verbot des Oberkommandos Noske**  
**ist aufgehoben**  
 Ausgabe der verboten gewordenen Nummern  
 der „FREIE WELT“ am Freitag vormittag  
 Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“ e. G. m. b. H., Berlin NW 6  
 Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

**U. S. P. Teatru**  
 Den Mitgliedern der  
 Nachricht, daß  
 Genosse  
**Jakob Flieg**  
 am 14. Juli im Alter  
 von 42 Jahren an  
 einer Uebrigens  
 nach langem  
 verstorben ist.  
 Es sei seinem  
 Die Beerdigung  
 am Sonntag, den  
 mittags 10 Uhr  
 neuen Halle d.  
 Friedhof in  
 statt.  
 Um rege  
 ersucht  
 Der Vorstand

**Baltischleders**  
**Varieté-Garten**  
 Sudstrasse 12.  
 Dir. Gerh. Danneberg  
**Weissensee**  
**Sommer-Theater**  
 Sommer Promenade 6-8.  
**Täglich 12 Varieté-Nummern**  
**Grosses Theater-Orchester**  
 Eröffnung der Gärten: Wochentags 8 1/2, 9  
 Sonntags 2 1/2, 3 1/2  
 Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr  
 Sonntags 5 Uhr  
 Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr  
 Sonntags 6 Uhr  
 Über Vermittlung der Gärten an Vereine werden  
 von der Direktion.

**Fortuna-Lichtspiele**  
 Müllerstr. 12 c.  
**Nur bis Montag**  
**Ein Mutterherz**  
 Die tragische  
 über schönen Frau  
 — Täglich 6 und 8 Uhr. —

**Nordpalast-Lichtspiele**  
 S. Kleiner Straße 6.  
 Vom 15.—21. Juli  
**Die Erschleicher** Menschliche Hyänen.  
 Tägliche Vorstellungen, abends 7 1/2 Uhr.  
**Die blaue Maus.**  
 Tägliches Auftreten des berühmten Komikers  
 Paul Hoffmann.

**Möbel**  
**Sonder-Angebot**  
**Schlafzimmer**  
 Schrank, Bett, 3 Spiegel  
 kommt M. 1725.—  
**Küchen**  
 in allen Farben, 7-teilig,  
 M. 395.—  
**Wohnzimmer**  
 nach Maß, 4, lackiert  
 von M. 675.— an  
**Sofas**  
 prima Stoffverarbeitung  
 M. 375.—  
**Einzelmöbel**  
 wie:  
 Kleiderschränke  
 Vertikals / Bett-  
 stellen / Spiegel  
 usw.  
 Ruhestuhl preiswert  
**Stolzmann**  
 Berlin SW, Belle-Alliancestr. 100  
 Zahlungsvereinfachung  
 mit Wausch.

**Gemeinchen des Berliner Hofes.**  
 Das Privatleben Kaiser Wilhelm II. und seiner Gemahlin.  
 Aus dem Papiere einer Hofdame der Kaiserin  
 312 Seiten, stark brosch. Preis M. 5,50 bei vorheriger  
 Einzahlung des Betrages, M. 6,— bei Nachnahme.  
 Aus dem Inhalt: Das Kaisers Reiselebens, seine  
 Behandlung der Dinesboten, Seine Größenwahn, Seine  
 Keckheit, Kaiserliche Haushaltung, Tägliches  
 Leben, Militär im Neuen Palais, Seine Leidenschaft für  
 Jagd, Geburt des Kaisers, Beziehungen zwischen  
 Kaiser und Kaiserin usw.  
**Ferner:** Verboten gewesen!  
**Ein Günstling des Kaisers**  
 Nach Mitt. a. d. Akten d. Gch. Zivilkabinetts d. Kaisers  
 240 Seiten, stark brosch. Preis M. 3,50 bei vorheriger  
 Einzahlung des Betrages, M. 4,— bei Nachn.  
 Aus dem Inhalt: Wohlleben der kaiserlichen Familie  
 im Kriege, Das zerschlagene Volk, Die Kaiserin für  
 den Frieden, Der Kronprinz und seine französischen  
 Liebeshalten während des Krieges, Darzburg, Tarden  
 und der Botschafter Gerard. Eine ausgezeichnete  
 Friedenskotschaft Mr. Forde usw.  
 Nur schriftl. Bestell. an **K. Putzer-Natusch,**  
 Berlin-Schöneberg 2, Apostel-Paulusstr. 24, v. II.

**Spezial-Arzt**  
 Dr. med. Grüttering  
 Spalding-, Buchhändler, Theaterstr.  
 Invalidenstraße 35, I.  
 E. Chausseestra. a. Stein. 6/11.  
 11-1, 4-6, Sonntags 11-12.

**Spezialarzt**  
 Dr. med. Haedicke  
 Haut- und Hautkrankheiten, Blau-  
 untersuchung, Friedrichstraße 127/8  
 (an d. Mohrenstraße)  
 11-1, 3-7 ausn. Donnerstg.  
 ANZUG, von, Friedrichswaren,  
 Größe 150, verkauft Johann  
 Fischer, Lichtenberg, Weich-  
 selstraße 3

**Haut- und Hautkrankheiten**  
 Dr. med. Haedicke,  
 Friedrichstr. 80  
 direkt am  
 Stadtbahnhof  
 Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 11-1  
 Erfolgreiche Heilung.  
**Schnürsenkel**  
**Schuhcreme „Urban“**  
 billige, billige, billige für  
 Wiederverkäufer.  
**Medewitz & Trippke,**  
 Brandenburgerstr. 3.

**Adalbertstr. 3**  
 (Hausnummer beachten!) Ist  
 die Rechtsdetektor „Wahrheit“  
 Phantasie- und Stralkassen  
 Rechtsdetektor-Verfahren

**Moderne**  
**Küchen**  
 von 395 Mk. an  
 Schlafzimmer  
 von 1500 Mk. an,  
 sowie Speise- und Herren-  
 zimmer in großer Auswahl in  
 allen Preislagen ermöglicht  
**Möbelhülle „Osten“**  
 Alexanderstraße 14b,  
 an der Schicklerstraße.

**Gute Belohnung**  
 Suche 3-Zimmer-  
 wohnung, Kommode  
 Anruf Norden 72  
**Kücheneinrichtung**  
 billig zu verkaufen,  
 Müllerstr. 62a, Queren-  
 bur.

**Lesen Sie dieses zweimal.**



Die Natur hat dem Menschen die Augen ge-  
 geben, damit er gut sehen kann, nicht aber, damit  
 er beschweren davon haben soll. Die Augen aber  
 dürfen am wenigsten ungerecht überaus-kräftig  
 werden, denn eine Verschärfung, die anfangs  
 nichts mit den Augen zu tun haben. Können  
 dennoch durch deren Überanregung hervor-  
 gerufen werden, besonders Kopfschmerz, Migräne,  
 Schwindelanfälle und Uebelwerden  
 Gute Augenärzte können Sie davor schützen  
 Aber die Hauptsache ist, daß Ihnen Ihre Augen  
 ganz genau passen, dabei frei und absolut richtig  
 liegen, dafür garantieren wir Ihnen!  
 Unsere modernen Formen sind überaus lieblich.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos.  
 Wir garantieren für Fallen der Gläser und, was  
 ebenso wichtig ist, für guten Sitz. Unsere Dienste  
 aber gehen noch weiter, denn wir garantieren für  
 unsere Einfassungen von 20. 500 an bis zu (siehe  
 Gläser) 2 und 3 Jahre, und machen Ihnen in dieser  
 Zeit  
**alle Reparaturen umsonst.**  
 Ausgenommen im Bruch der Gläser, der Horn-  
 und Schilddrüsen-Erre. So, selbst wenn die garan-  
 tierte Fassung, sei es auch durch Ihre eigene Schuld,  
 so zerstört wird, daß eine Reparatur nicht mehr  
 lohnt, so erhalten Sie gleichwertigen Ersatz umsonst.

Bestellen Sie  
 nach außerhalb  
 des Reichs  
 unsere Opti-  
 meter, Selbst-  
 bestimmendes  
 bester Gläser  
 nach Bestan-  
 : : : :  
 : : : :

**Optiker Ruhnke**  
 20 Geschäfte:

- C** Spitzesmühl, 62, Weiblich.
- W** Heubühl 411, 113, von Weiblich.
- N** Schöneberg, 74, Invalidenstr. 104, 2. Umgegend.
- Friedmann:** Weinstr. 18, 2te Stock, gegenüber der Siedler-Brücke
- S** Hauptstr. 10, nahe Oberbaumbrücke
- Neukölln:** Bergstraße 4, gegenüber Hagenstr.
- Spandau:** Große Straße 18
- Nauen:** SW Silesien-Str. 4, am Silesien-Tor
- N** Schöneberger Höhe 11, Potsdam-Platz 11
- W** Heubühl 411, 113, von Weiblich.
- D** Straß. 1, bei Silesien-Tor, Silesien-Str. 193a, Silesien-Tor
- Schöneberg:** Danzigerstr. 11, am Silesien-Tor
- Wilmersdorf:** Berliner Str. 128a, an der Silesien-Tor
- S** Hauptstr. 10, nahe Oberbaumbrücke
- N** Schöneberger Höhe 11, Potsdam-Platz 11



